

NACHRICHTEN

TOP-THEMA

Firmenpleiten sinken auf 15-Jahres-Tief

Sowohl die Zahl der Unternehmensinsolvenzen (- 8,9 Prozent) als auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzen (- 4,9 Prozent) gingen 2014 zurück. Mit 23.800 Unternehmenspleiten stellt 2014 den niedrigsten Stand seit Einführung der Insolvenzordnung (InsO) vor 15 Jahren dar. Die teilte jetzt die Wirtschaftsauskunftei Creditreform mit. Der fünfte Rückgang in Folge wurde begünstigt durch einen vergleichsweise einfachen Zugang zu Finanzmitteln, eine positive Ertragssituation im Mittelstand und weitgehende konjunkturelle Stabilität. Geopolitische Risiken der zurückliegenden Monate wie der Ukraine-Konflikt und das Embargo haben bislang keinen Niederschlag in der Insolvenzentwicklung einzelner Branchen gefunden.

Günstige Rahmenbedingungen für Konsumenten

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen summierte sich seit Jahresbeginn auf 86.900 Fälle (Vorjahr: 91.360). Höhere Tarifabschlüsse, eine geringe Arbeitslosenrate und eine niedrige Inflation stabilisierten die finanzielle Situation der deutschen Verbraucher. Gegenüber dem bisherigen Höchststand aus dem Jahr 2010 (109.960 Fälle) hat sich die Zahl der Verbraucherinsolvenzen damit um rund ein Fünftel verringert. Die Reform des Insolvenzrechts mit der Möglichkeit einer verkürzten Wohlverhaltensphase für Verbraucher hatte auf die Zahl der Verbraucherinsolvenzen bisher offenbar kaum Auswirkungen. Ein Run in die Insolvenz ist noch nicht festzustellen.

Weniger Großinsolvenzen: geringere Schäden

Einen Anstieg der Insolvenzzahlen (+ 2,0 Prozent auf 24.600 Fälle) war allein bei den „Sonstigen Insolvenzen“ zu verzeichnen, die mehrheitlich Insolvenzen ehemals selbstständiger Personen betreffen. Hierbei könnte die Insolvenzrechtsnovelle allerdings eine Rolle gespielt haben, da bis zum Sommer ein Verfahren nach der alten Rechtslage für diese Personengruppe möglich und u. U. vorteilhafter war. Die Gesamtzahl aller Insolvenzfälle in Deutschland war mit 135.300 aber insgesamt rückläufig.

Insolvenzverfahren



Quelle: Creditreform.



BUCHEMPFEHLUNG
Aus unserer Trend-Reihe
» Hier bestellen



DIE AKTUELLE AUSGABE
die bank 12-2014
» Hier bestellen

NEWS

Benchmarking-Studie zum Thema Mobile Payment

Mehr als nur eine digitale Kreditkarte

Alle deutschen Mobile Payment Systeme müssen noch mehr bieten: Um eine nachhaltige Akzeptanz zu erreichen sind echte Mehrwertservices gefragt. Allein die Möglichkeit, mobil bezahlen zu können, reicht den Kunden nicht aus, sagen die Berater von Mücke, Sturm & Company und die Payment-Experten von How2Pay. Gemeinsam haben sie eine Mobile-Payment-Benchmarking-Studie für den deutschen Handel erstellt. Fazit: Der Durchbruch von mobilen Bezahlssystemen könne nur gelingen, „wenn Mobile Payment nicht als digitale Kreditkarte sondern als neue Art des Bezahlers wahrgenommen wird – mit allen Vorteilen der Digitalisierung“, so MSC-Projektmanager Martin Meinert.

Grundsätzlich gebe es bei der Markteinführung neuer Services unterschiedliche Ansätze. Im Fall von Mobile Payment könnten Händler entweder „künstliche“ Anreize für die Nutzung schaffen, etwa in Form von Rabatten, oder sie wecken mit nützlichen Mehrwertservices ein echtes Kundenbedürfnis. Im Gegensatz zu kostenintensiven Rabatten böten Mehrwertservices die Chance auf eine nachhaltige Etablierung als neues Zahlungsmittel in Deutschland. Dabei sei der kreative Spielraum der Entwickler noch lange nicht ausgeschöpft.

Im Rahmen der Analyse vergaben die Berater den Spitzenplatz in der Kategorie „Mehrwertservices“ an cashcloud, weil die Lösung P2P-Zahlungen (Zahlungen an andere User über die eigene App) ebenso ermöglicht wie die Option, von anderen cashcloud-Nutzern Geld einzufordern. Außerdem punktete cashcloud mit überdurchschnittlich vielen Features im Loyalty-Segment. Die Apps von PayCash und mPass teilen sich Platz zwei knapp vor Netto. PayCash und mPass überzeugten ebenfalls mit einem Loyalty- und Couponing-Angebot und P2P-Zahlung, allerdings ohne die Möglichkeit Geld einzufordern. Netto punktete mit einem starken Loyalty- und Couponing-Angebot und Features wie dem Erstellen einer Einkaufsliste, ermöglicht jedoch keine P2P-Zahlung. Trotzdem bewerteten die Berater das Untersuchungs-

ergebnis in der Kategorie Mehrwertservices unterm Strich als dürftig: Selbst der Sieger konnte nur 49 Prozent aller möglichen Punkte erlangen.

Auch wichtig: Verbreitung und Pricing

Die Verbreitung eines Mobile-Payment-Services ist entscheidend für eine führende Positionierung auf dem deutschen Markt. Services mit einer großen Reichweite, einer guten Kundenbeziehung und einer hohen Markenbekanntheit haben die besten Voraussetzungen, das Rennen um die Marktetablierung zu gewinnen. mPass hat in der Kategorie Verbreitung Platz eins vor cashcloud und Vodafone SmartPass belegt, weil es auf vielen Smartphones läuft, ein breit gefächertes Händler-Spektrum abdeckt und mit NFC-Technologie auf eine gut ausgebaute Infrastruktur von Kartenterminals setzt. Die Betriebssysteme Android und Apple iOS werden von allen Systemen unterstützt, für Nutzer von Windows Phone oder Blackberry OS ist die Auswahl deutlich eingeschränkt.

Wenn es ums Pricing geht, sehen die Berater kesh und Yapital vorne, weil sie hinsichtlich des Angebots und der Preisstruktur sowohl bei den Kosten für den Kunden, als auch bei P2P-Zahlungen und bei den Kosten für den Händler sehr gut aufgestellt sind. Im Bereich B2C bietet kesh seinen Kunden das Auf- und Entladen kostenfrei an. Die App von mPass hat in dieser Kategorie den dritten Platz belegt.

In der gemittelten Gesamtwertung schließlich setzten sich mPass, cashcloud und VeroPay als derzeit beste Mobile-Payment-Lösungen in Deutschland durch. mPass erreicht über alle fünf Kategorien hinweg Top-Platzierungen. Lediglich bei den Mehrwertservices gibt es noch deutliches Verbesserungspotenzial – wie bei allen anderen Mitbewerbern auch. „mPass stellt insgesamt eine solide Lösung dar und ist auch hinsichtlich Akzeptanzstellen und unterstützter Plattformen gut aufgestellt. Wenn der Service noch um attraktive Mehrwertservices erweitert wird, kann eine breitere Akzeptanz im Markt gelingen – eine reine Zahlungslösung wird sich auf absehbare Zeit bei den deutschen Konsumenten nicht durchsetzen“, glaubt Ralf Ockenfelds aus der How2Pay-Produktentwicklung.

[Weitere Informationen zu dieser Studie finden Sie [hier](#).]

NEWS

Hesse Newman sucht neues Geschäftsmodell

Die Hesse Newman Capital AG, ein Investment- und Assetmanager mit Schwerpunkt auf Immobilien, wird die Beschaffung, Konzeption und den Vertrieb von Investmentvermögen sowie die damit verbundene Vermittlung von Eigen- und Fremdkapital einstellen. Das aktuelle Marktumfeld erlaube den Weiterbetrieb dieses Geschäftszweigs nicht mehr, hieß es in einer Ad-hoc-Mitteilung. Darüber hinaus muss Marc Drießen, seit dem Jahr 2008 im Vorstand für die Ressorts Konzeption und Vertrieb verantwortlich, Hesse Newman zum Jahresende verlassen. Einer "unverzüglich einzuberufenden" außerordentlichen Mitgliederversammlung soll vorgeschlagen werden, die Satzung zu ändern und der neuen Ausrichtung anzupassen. Nicht betroffen hiervon sind nach Angaben des Unternehmens die Geschäftsaktivitäten der 50-prozentigen Tochtergesellschaft HAM Hamburg Asset Management, die weiterhin als externe KVG tätig sein soll. Insgesamt nutzen vier Immobilienfonds und 14 Flugzeugfonds mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 430 Mio. € die Dienstleistungen der HAM.

Einerseits hat das stark gestiegene Preisniveau an den Immobilienmärkten dazu geführt, dass Objekte, die den Qualitäts- und Renditeerwartungen der Anleger geschlossener Investmentfonds gerecht werden, kaum noch zu finden sind. Andererseits ist die bereits in den Vorjahren schwache Nachfrage noch weiter gesunken und zunehmend mehr Vertriebspartner haben das Geschäft mit geschlossenen Investmentfonds eingestellt. Daneben ist der Aufwand für die Umsetzung regulatorischer Anforderungen erheblich gestiegen. Aufgrund des schwachen Neugeschäfts wurden bei Hesse Newman schon im November 2014 umfangreiche Einsparmaßnahmen im Bereich der Personal- und Sachkosten ergriffen und das Vertriebs-Joint-Venture mit HEH aufgelöst. Angesichts der schwierigen Marktlage sind weitere Maßnahmen zur Anpassung des Geschäftsmodells wahrscheinlich.

Regulierung bleibt größte Herausforderung

Die Erfüllung und Umsetzung der stetig wachsenden Anforderungen und erweiterten Richtlinien, unter anderem in Bezug auf Risikomanagement, Compliance und Geldwäscheprävention, stehen an erster Stelle der Prioritätenliste von Finanzinstituten. Auf der Prioritätenliste oben steht MiFID II. 68 Prozent der befragten Entscheider planen hierfür umfangreiche Anpassungen und Investitionen. Insbesondere Sparkassen und Genossenschaftsbanken sehen Handlungsbedarf (jeweils 78 Prozent). Unter den Kreditbanken sind es 48 Prozent. Dies zeigt eine aktuelle Studie von Steria Mummert Consulting. Knapp zwei Drittel der Befragten sehen hohen Anpassungsbedarf, um die geänderten Anforderungen des Kreditwesengesetzes (KWG) umzusetzen. Dazu gehören organisatorische Pflichten inklusive Risikomanagement und Meldewesen sowie Maßnahmen zur Geldwäscheprävention.

Im aufsichtsrechtlichen Meldewesen sind neue Anforderungen gemäß GroMiKV und Analytical Credit Dataset (europäisches Kreditregister der EZB) umzusetzen. Perspektivisch bereiten sich Sparkassen und Genossenschaftsbanken mit Handelsbuch bereits auf die Anforderungen aus Basel IV vor. Erwartet werden hier Änderungen für das Risikomanagement in Bezug auf neue Methoden für die Messung von Marktpreisrisiken und die Behandlung von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch. Systemrelevante Banken arbeiten derzeit an der Umsetzung einer konsistenten Risikoberichterstattung gemäß BCBS 239 des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht, die aller Voraussicht nach in die kommende MaRisk-Novelle überführt werden.

Auch die neuen MaComp machen bei 61 Prozent der Kreditinstitute große Investitionen erforderlich. Eine entsprechende Neufassung hat die BaFin im August 2014 veröffentlicht. Diese enthält Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion und weitere Verhaltens-, Organisations- und Transparenzpflichten für Wertpapierdienstleistungsunternehmen. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten sieht bei der Umsetzung der 4. EU-Geldwäscherichtlinie großen Anpassungsbedarf. Die Richtlinie setzt aktuelle Neuerungen der Empfehlungen der „Financial Action Task Force on Money Laundering“ (FATF) um.

KOMMENTAR

Koppelt sich die Eurozone 2015 von den USA ab?

Der Preis für Rohöl ist in den vergangenen Wochen massiv gefallen. Was all jene freut, die täglich mit dem Auto zur Arbeit fahren, dürfte bei den Verantwortlichen im Eurotower in Frankfurt die Stirn mehr und mehr in Sorgenfalten legen. Seit geraumer Zeit drücken die Energiepreise die allgemeine Teuerungsrate. Im November lag die Inflationsrate in der Eurozone bei 0,3 Prozent und damit nur wenig über der Nulllinie.

Die Erwartung zu Beginn des Jahres, der Energiepreistrückgang der vorangegangenen Monate könnte sich über die sogenannten Basiseffekte nach und nach auswachsen, hat sich nicht bestätigt. Daher ist davon auszugehen, dass die Inflationsrate in der Eurozone noch geraume Zeit sehr niedrig bleiben wird. Es kann gegenwärtig sogar nicht ausgeschlossen werden, dass das allgemeine Preisniveau 2015 einige Monate lang unter das des Vorjahres fällt.

Vor diesem Hintergrund hat die EZB angekündigt, die geldpolitischen Zügel weiter zu lockern, in dem sie mit unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen die Bilanzsumme von derzeit ca. 2.000 Mrd. € auf ca. 3.000 Mrd. € erhöht. Diese Ausweitung der Bilanzsumme versucht sie zum einen durch langfristige Refinanzierungsgeschäfte zu erreichen, die im Gegensatz zu den auslaufenden dreijährigen Refinanzierungsgeschäften an die Kreditvergabe der Geschäftsbanken geknüpft sind. Zum anderen soll zusätzlich über den Kauf von Covered Bonds und ABS-Papieren Liquidität in die Märkte gepumpt und die Kreditvergabe der Geschäftsbanken angeregt werden.

An den Kapitalmärkten wird jedoch bezweifelt, dass die bereits beschlossenen Maßnahmen zu einer Ausweitung der Bilanzsumme der EZB im angestrebten Umfang führen können. In der Folge erwarten die Marktteilnehmer weitere Maßnahmen der EZB, die auch den Ankauf von Staatsanleihen einschließen. In diesem Fall wird davon ausgegangen, dass die EZB nicht nur Staatsanleihen kürzerer und mittlerer Laufzeit erwirbt, sondern auch vor dem Erwerb langer Laufzeiten nicht zurückschreckt. Sollte sich die EZB im kommenden Jahr zu diesem Schritt entschließen, ist ein Anstieg der Zinsen ausgehend von den gegenwärtig sehr niedrigen Niveaus nicht zu erwarten. Selbst wenn in den USA 2015 die Leitzinssätze durch die US-

Notenbank erhöht werden und in der Folge US-Staatsanleihen höher rentieren, dürfte dies die Renditen für europäische Staatsanleihen allen voran Bundesanleihen kaum berühren. Es besteht sogar das Risiko, dass sich die Zinsentwicklung in der Eurozone von jener in den USA gänzlich abkoppelt.

Müssen wir uns somit auch 2015 von der Vorstellung verabschieden, dass Zinsen auch mal wieder steigen können? Nein. Leicht steigende Inflationsraten und ein optimistischerer Blick auf die Konjunktur in der Eurozone sowie das Erreichen ihrer Ziele mit den bereits beschlossenen Maßnahmen halten die EZB davon ab, Staatsanleihen im großen Stil zu kaufen. Die Zinsen werden 2015 dann wieder steigen, zumal ein Stück weit Staatsanleihekäufe durch die EZB an den Kapitalmärkten vorweggenommen wurden. Aber selbst in diesem Szenario dürften Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren voraussichtlich nur zwischen ein und zwei Prozent rentieren. Im historischen Vergleich bleiben die Zinsen damit weiter niedrig.

Autor: Dr. Frank Augsten, Volkswirt und Senior Portfolio Manager Fixed Income der Gothaer Asset Management AG

Anzeige



Stephan Paxmann | Stefan Roßbach

Innovative Geschäftsmodelle im Banking

Factbook 2015

ISBN 978-3-86556-441-2

Art.-Nr. 22.517-1500

208 Seiten, gebunden

49,00 Euro

www.bank-verlag-shop.de

STUDIE

Marktschwankungen belasten institutionelle Anleger

Pensionsfonds und andere institutionelle Investoren sind durchaus davon überzeugt, ihre langfristigen Anlageziele erreichen zu können. Laut einer Umfrage von Natix Global Asset Management setzen sie jedoch nur zögerlich auf innovative Ansätze zur Ertrags- und Alphagenerierung. In der Studie wurden Marktaussichten, Portfoliostrukturierung und Risikomanagement von 642 institutionellen Investoren weltweit untersucht. Das Anlagevermögen der befragten staatlichen und betrieblichen Pensionsfonds, Staatsfonds und Versicherer betrug dabei insgesamt 31 Bio. US-\$. Prinzipiell sind institutionelle Investoren bezüglich Aktien für das Jahr 2015 optimistisch gestimmt. Ihr Ausblick wird aber durch unkontrollierbare Marktrisiken getrübt. Hinzu kommen unbekannte künftige Haftungsrisiken aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung. Grundsätzlich müssen institutionelle Investoren zwar ein Vermögenswachstum erzielen. Dennoch ist die Wahrscheinlichkeit für eine Risikoreduzierung in ihren Portfolios in den nächsten zwölf Mona-

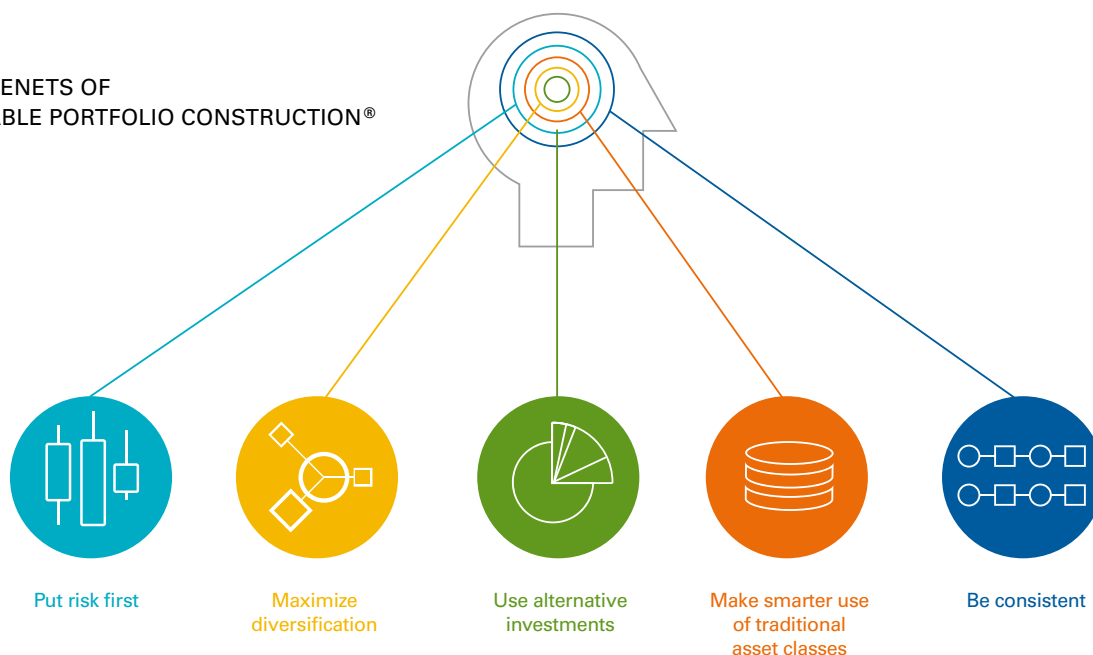
ten doppelt so hoch wie für eine Anhebung. Und trotz des Einsatzes von LDI-Strategien besteht die größte Herausforderung darin, ausreichend hohe Erträge zu erzielen.

Kernergebnisse der Studie

- 87 Prozent rechnen damit, ihre langfristigen Zusagen einhalten zu können. Mehr als die Hälfte ist jedoch der Ansicht, dass dies den meisten anderen Organisationen nicht gelingen wird.
- 80 Prozent der Befragten halten es für schwierig, auf kurze Sicht stabile Erträge zu erzielen. 60 Prozent der Investoren rechnen mit Problemen bei der Finanzierung ihrer langfristigen Verbindlichkeiten.
- 60 Prozent der befragten Investoren verweisen darauf, dass die Branche bei der Entwicklung von LDI-Anlagelösungen bisher nicht einfallsreich genug gewesen ist.
- Auf Jahresbasis rechnen institutionelle Investoren mit Erträgen von durchschnittlich 6,9 Prozent nach Inflation.

5 Grundsätze für den Aufbau eines langlebigen Portfolios

FIVE TENETS OF
DURABLE PORTFOLIO CONSTRUCTION®



Quelle: Natix Global AM.

STUDIE

- 81 Prozent der institutionellen Investoren halten es für schwierig, die Auswirkungen von Wertschwankungen zu begrenzen. Mehr als drei Viertel sorgen sich um ihre Fähigkeit, das Tail Risk zu steuern.
- Als die vier größten potenziellen Gefahren für ihre Investorergebnisse im kommenden Jahr nannten die Befragten: geopolitische Ereignisse, wirtschaftliche Probleme in Europa, ein mäßigeres Wachstum in China sowie steigende Zinsen.

„Für institutionelle Investoren, allen voran Pensionsfonds, steht eine Menge auf dem Spiel. Die von ihnen aktuell verwalteten Portfolios sind für eine immer älter werdende Bevölkerung weltweit eine wichtige Quelle für künftige Erträge“, sagt Natixis-Präsident John Hailer. Eine Variante, den Risiken zu begegnen: auf effizientere Märkte setzen.

Über die Hälfte der institutionellen Investoren findet, dass traditionelle Anlageformen zu eng miteinander korrelieren und sich als Ertragsquellen nur schwer klar voneinander abgrenzen lassen. Sie halten deshalb nach neuen Performancequellen Ausschau. So hat die Studie ergeben, dass die meisten Investoren von einer traditionellen Asset Allocation inzwischen teilweise abgerückt sind und verstärkt auf alternative Anlagestrategien setzen.

ESG-Investments bieten Chancen

Nach Ansicht vieler Investoren sind sogenannte ESG-Investments eine gute Ertragsquelle. Sie können auch Risiken auf Portfolioebene reduzieren. Ein ESG-Investmentansatz berücksichtigt zudem ökologische und soziale Kriterien sowie Aspekte der Corporate Governance. Über die Hälfte der Befragten gibt an, dass ESG-Investments Risiken wie den Verlust von Vermögenswerten aufgrund von Rechtsstreitigkeiten, sozialen Konflikten und Umweltkatastrophen eindämmen können.

Für 2015 befürchten institutionelle Investoren einen Anstieg der Zinsen und setzen deshalb auf Aktien.

[Weitere Informationen zu dieser Studie finden Sie [hier](#).]



Igl | Heuter (Hrsg.)

Sanierungsplanung - Bankpraktische Umsetzung der MaSan

ISBN 978-3-86556-429-0

Art.-Nr. 22.512-1400

220 Seiten, gebunden

59,00 Euro

Weitere Fachmedien in unserem Webshop:

www.bank-verlag-shop.de

AUS UNSERER MARKENWELT

Wert des Kapazitäts- erweiterungseffekts

Von Philipp Pohl

Unternehmensbewertung

In diesem Aufsatz wird der Wert des Kapazitätserweiterungseffekts auf Basis der Unternehmensbewertung bestimmt. Die Unternehmensbewertung erfolgt dabei in einem stochastischen wirtschaftlichen Szenario, in dem stochastische Prozesse verwendet werden, um die zufälligen wertbestimmenden Parameter der Unternehmensbewertung zu modellieren. Als Ergebnis erhält man für den Wert des Kapazitätserweiterungseffekts approximative Normalverteilungen. Damit ist das gesamte Instrumentarium der Value-at-Risk-Berechnungen im Sinne des Risikomanagements anwendbar.

Die Führung eines Unternehmens im Sinne der wertorientierten Steuerung bedeutet, alle unternehmerischen Entscheidungen allein nach der Zielsetzung „Maximierung des Unternehmenswerts“ zu treffen. Die Bestimmung des Unternehmenswerts ist also eine zentrale Aufgabe der wertorientierten Unternehmensführung. Auf Basis dieser betriebswirtschaftlichen Entscheidungsgröße werden Investitionsvorhaben und Geschäftsstrategien rational bewertet. Als Konsequenz wird somit ein optimales Investitions- und Geschäftsstrategieportfolio abgeleitet. Dabei entspricht der Unternehmenswert den aufsummierten diskontierten zukünftigen Cashflows, die das Unternehmen erwirtschaftet. Hier kommt der Schätzung zukünftiger finanzieller Überschüsse, die insbesondere auch von zufälligen Rahmenbedingungen abhängen, eine große Bedeutung zu.

Der Kapazitätserweiterungseffekt entsteht, wenn es dem Unternehmen gelingt, Absatzpreise seiner Produkte am Markt durchzusetzen, welche die Abschreibungen auf die zur Produktion benötigten Maschinen als Kostenbestandteile enthalten. Dem Unternehmen fließen diese Abschreibungsgegenwerte in Form liquider Mittel zu. (...)

[Den vollständigen Text finden Sie [hier](#).]



Mehr unter: www.info-risiko-manager.de

Commerzbank zieht Compliancerisiko glatt

Die Commerzbank AG steht offenbar kurz davor, den Streit mit den US-Behörden wegen Geldwäschewürfen und Verletzung von Sanktionen beizulegen. Dem Vernehmen nach bezahlt die Bank voraussichtlich mehr als 1 Mrd. US-\$, um die beiden Verfahren beizulegen. Eigentlich stand das Verfahren wohl schon im September kurz vor dem Abschluss. Damals hieß es, die Commerzbank müsste wegen der Verletzung von Sanktionen 600 bis 800 Mio. US-\$ zahlen. Doch dann informierte die Staatsanwaltschaft Manhattan das US-Justizministerium und die New Yorker Finanzaufsicht über die Untersuchungen wegen Geldwäsche. Die Gespräche gerieten daraufhin ins Stocken. (...)

[Den vollständigen Text finden Sie [hier](#).]



Mehr unter: www.info-bank-compliance.de

BGH-Entscheidung: Kapital- anleger-Musterverfahrensgesetz

Der u.a. für das gesetzlich geregelte Prospekthaftungsrecht zuständige XI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat mit Beschluss vom 21. Oktober 2014 über die Rechtsbeschwerden von Anlegern, die stellvertretend für rund 17.000 Kläger Rechtsmittel eingelegt hatten, und die Rechtsbeschwerde der Deutschen Telekom AG gegen den Musterentscheid des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main vom 16. Mai 2012 entschieden.

Gegenstand des – im Zusammenhang mit den massenhaft erhobenen Klagen von Aktionären der Deutschen Telekom AG – neu geschaffenen Kapitalanleger-Musterverfahrens können nur verallgemeinerungsfähige Vorfragen zu den einzelnen Aktionärsklagen sein. (...)

[Mehr Informationen finden Sie [hier](#).]



www.info-bub.de

BCM und IT-Aufsicht in Banken



FACHTAGUNG Die moderne Informations- und Kommunikationstechnologie durchdringt heute alle Geschäftsbereiche des Bankwesens. Damit nehmen allerdings auch die spezifischen Risiken zu, die Bankdienstleistungen beeinträchtigen. Die Kölner BCM- und IT-Tagung erarbeitete Lösungsmodelle und bot Anlass zum Dialog zwischen den Instituten und der Aufsicht.



Prof. Dr. André Niedostadek, Beauftragter für Internationales, Hochschule Harz.



Dr. Markus Held, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.



Alfred Dahmann, IT-Revision, Deutsche WertpapierService Bank AG.



Wolfgang Straßer, Geschäftsführer @-yet GmbH.



Uwe Naujoks, Leiter Risk & Security, WG-DATA GmbH.

Frohe Weihnachten

Wir wünschen Ihnen und Ihrer Familie für die kommenden Feiertage eine schöne und friedliche Zeit sowie einen guten Start ins neue Jahr.

Ihr Team von „die bank“

Der nächste Newsletter erscheint am
13. Januar 2015

Impressum

Verlag und Redaktion:

Bank-Verlag GmbH
Postfach 450209, 50877 Köln
Wendelinstraße 1, 50933 Köln
Tel. 0221 / 54 90-0
Fax 0221 / 54 90-315
E-Mail: medien@bank-verlag.de

Geschäftsführer:

Wilhelm Niehoff (Sprecher),
Michael Eichler, Matthias Strobel

Gesamtleitung Kommunikation und

Redaktion:

Dr. Stefan Hirschmann
Tel. 0221 / 54 90-221
E-Mail: stefan.hirschmann@bank-verlag.de

Bereichsleitung Medien:

Bernd Tretow

Layout & Satz:

Cathrin Schmitz
Tel. 0221 / 54 90-132
E-Mail: cathrin.schmitz@bank-verlag.de

Verkauf:

Andreas Conze
Tel. 0221 / 54 90-603
E-Mail: andreas.conze@bank-verlag.de

Redaktion:

Anja Kraus
Tel. 0221 / 54 90-542
E-Mail: anja.kraus@bank-verlag.de

Erscheinungsweise: 2 x pro Monat

Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlags vervielfältigt werden. Unter dieses Verbot fallen insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf Datenträgern. Die Beiträge sind mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt, die Redaktion übernimmt jedoch kein Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der abgedruckten Inhalte. Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Empfehlungen sind keine Aufforderungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren sowie anderer Finanz- oder Versicherungsprodukte. Eine Haftung für Vermögensschäden ist ausgeschlossen. Für die Inhalte der Werbeanzeigen ist das jeweilige Unternehmen oder die Gesellschaft verantwortlich.